

II-9485 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. **4659** 13

1993 -04- 21

ANFRAGE

des Abgeordneten Dipl. Soz. Arb. Srb, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend die Broschüre "Sag niemals nie" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Im Vorwort des Bundeskanzlers heißt es dazu: "Die Gleichstellung aller pflegebedürftigen Personen, unabhängig von der Ursache ihrer Pflegebedürftigkeit, ist gewährleistet." Eine unwahre Behauptung wird aber auch dann nicht wahr, wenn sie vom Bundeskanzler ausgesprochen wird. Auch wenn dies von den Verantwortlichen der beiden Koalitionsparteien beharrlich totgeschwiegen wird, ändert dies nichts an der Tatsache, daß mit der neugeschaffenen Pflegevorsorge die Gleichstellung aller pflegebedürftigen Personen nicht gewährleistet ist.

Vielmehr gibt es nach wie vor im Rahmen der Versorgungsnetze des Bundes (Kriegsopfer-, Heeresopfer-, Opferfürsorge und Verbrechensopfergesetze) Leistungen, die deutlich höher sind und somit auch in einem größeren Umfang den tatsächlichen Erfordernissen entsprechen. Die berechtigten Forderungen der Betroffenen nach Gleichstellung mit dem oben angeführten Personenkreis wurden von den Regierungsparteien völlig ignoriert. Das bewußte Verschweigen dieser Fakten wird von den betroffenen Menschen als eine Provokation empfunden und stellt weiters einen neuerlichen Beitrag zur österreichischen Kultur des Verdrängens dar. Da der Bundeskanzler möglicherweise das Opfer einer Fehlinformation geworden ist,

stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgende

ANFRAGE

1. Ist Ihnen diese Aussage des Bundeskanzlers bekannt?
2. Wie erklären Sie sich diese Aussage?
3. Ist die dieser Aussage zugrundeliegende Information aus Ihrem Hause gekommen?
Wenn nein: Woher könnte diese Fehlinformation stammen?

4. Sind Sie bereit diese Aussage bei allen Empfängern dieser Broschüre in geeigneter Weise richtigzustellen?
Wenn nein, warum nicht?
5. Sind auch Sie wie die Unterzeichner dieser Anfrage der Meinung, daß derartige Fehlinformationen dem Ansehen von Vertretern dieser Bundesregierung nicht gerade förderlich sind?